

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/76

Hannover, 19. September 1947
Telefon: 20951/52

Die Bodenreform als Aufgabe der Länder

Die von den Engländern erlassene Verordnung über die Bodenreform ist als ein Rahmengesetz anzusehen. Es wird die Aufgabe der Länder sein, bis zum Dezember 1947 entsprechende Gesetze zu erlassen, um die Bodenreform im einzelnen durchführen zu können.

Das in der Präambel der englischen Verordnung ausgesprochene politische Ziel, "die dem Großgrundbesitz anhaftende politische und wirtschaftliche Macht durch Begrenzung der einem einzelnen Eigentümer zustehenden Landfläche einzuschränken und einem größeren Teil der Bevölkerung Gelegenheit auf Siedlung zur landwirtschaftlichen Beschäftigung zu geben" wird in der vorgeschriebenen Form kaum zu erreichen sein.

Es muß das Ziel einer jeden Agrarreform sein, erstens eine Leistungssteigerung hervorzubringen und zweitens möglichst viel Land freizumachen, damit mehr selbständige Betriebe geschaffen werden können. Eine Leistungssteigerung wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn Grund und Boden demjenigen belassen werden, der Höchstes aus ihnen herauswirtschaftet.

Der Nationalsozialismus hat unter den Bauern eine Art Rentnertum entwickelt. Die Blut- und Bodenideologie trieb mit den deutschen Bauern geradezu einen Kult, auf Grund dessen er sich eher als ein Rentner des Staates als ein Kämpfer um sein täglich Brot betrachten konnte. Unter den Nazis hatte der Bauer immer das Gefühl, daß ihm der Staat helfen würde, selbst dann, wenn er seine Pflicht nicht erfüllte. Die Stelle des Staates nehmen heute der allgemeine Mangel oder der Schwarze Markt ein. Wenn sich der Bauer die allgemeine Unmoral zu Nutze macht, wird es ihm ein einfaches sein, für die geringste Leistung die höchsten Geld- oder Sachwerte zu erreichen. Gegenüber dieser verantwortungslosen Auffassung könnte eine vernünftige und sinnvolle Agrarreform eine gänzlich andere Situation schaffen.

Es wird deshalb notwendig sein, den Bauern wieder in eine gesunde Atmosphäre des Existenzkampfes zu stellen und an ihn die Aufforderung zu richten: "Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen". Es wird an den Ländern liegen, Gesetze zu schaffen, nach denen alle jene Betriebe, die zum Beispiel in einem Zweijahresturnus die Durchschnittsmarktleistung schuldhaft nicht erreichen, zu einem

besseren Wirt zu geben sind.

Wenn der Bauer weiß, daß er bei einer mangelhaften Ausnutzung des Bodens Gefahr läuft, ihn zu verlieren, wird er in seinem ur-eigensten Interesse alles daransetzen, eine hohe Marktleistung zu erzielen. Ebenso muß der Bauer die Gewißheit haben, daß er mit jedem Schwarzverkauf und mit jeder übermäßigen Entnahme zum eigenen Bedarf seinen Besitz verkauft.

Neben dieser dringendsten Maßnahme wäre zu verlangen, daß jeweils nur ein Betrieb in einer Hand bleibt, und daß nur derjenige den Beruf des Landwirtes ausüben soll und im Besitz von Grund und Boden verbleiben kann, der wirklich Landwirt ist. Dies sind die Voraussetzungen der Leistungssteigerung.

Etwas anderes ist es mit der Schaffung von Neusiedlerstellen. Nach dem englischen Gesetz darf eine Person nicht mehr Land zum Eigentum besitzen als eine Grundfläche von 150 Hektar. In der britischen Zone wird dies zur Folge haben, daß verhältnismäßig wenig Boden frei wird. Aus Gründen des Materialmangels und aus der Notwendigkeit heraus, jede Minderung des Ertrages zu vermeiden, wird man von dem infrage kommenden Besitz nur dann Land anfordern, wenn eine schlechte Marktleistung vorliegt. Andernfalls aber wird es richtig sein, den Boden des ursprünglichen Eigentümers im Pachtverhältnis zu belassen, wobei hinsichtlich der Marktleistung die höchsten Maßstäbe angelegt werden müssen.

In diesem Zusammenhang wird deshalb an die Länder der britischen Zone die Forderung zu stellen sein, weit unter die Grenze von 150 Hektar zu gehen. Nur wenn dieser aufgezeigte Weg beschritten wird, ist der eigentliche Sinn einer Bodenreform zu erreichen.

(b/B8/199/1/hs)

Zur USA-Reise Dr. Schumachers

Zur Amerika-Reise Dr. Kurt Schumachers, der von Fritz Heine begleitet wird, schreibt "New York Herald Tribune", in Dr. Schumacher würden die Amerikaner eine der umstrittensten, aktivsten und die wahrscheinlich bedeutendste politische Figur im modernen Deutschland kennenlernen. Nationalisierung der Großindustrie sei seine Antwort auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, aber er kombiniere in seinen Reden und in seiner politischen Haltung Marxismus mit der Forderung nach Rede-, Presse- und Religionsfreiheit und Beachtung der parlamentarischen Formen des Westens.

Die AFL (American Federation of Labour), die Dr. Schumacher nach den USA einlud, ist der älteste und größte Gewerkschaftsbund in den Vereinigten Staaten. Die AFL wurde 1881 gegründet, sie umschließt heute 105 Gewerkschaften mit über 7.5 Millionen Mitgliedern und wird von einem 15 Köpfigen Vorstand geleitet. Präsident der AFL ist William L. Green; Schatzkanzler James B. Carey.

(m/B65/199/1/ha)

Demokratisierung der Justiz

H.K. Gelegentlich einer Justiz-Debatte während der letzten Sitzung des Zonenbeirates wurde wieder einmal die Forderung nach Demokratisierung der Justiz erhoben. Ein bürgerliches Mitglied des Zonenbeirates stellte daraufhin die besorgte Frage, ob sich wohl diejenigen, die immer von der Demokratisierung der Justiz redeten, überhaupt etwas darunter vorstellen könnten.

Das ist, soweit es die Sozialdemokraten betrifft, durchaus der Fall.

Diese Forderung bedeutet in erster Linie, daß die Justiz ausschließlich solchen Richtern und Staatsanwälten anvertraut wird, die sich uneingeschränkt zur Demokratie bekennen. Für deutsche Verhältnisse ist leider keine Selbstverständlichkeit. Wie wenig sie vor 1933 erfüllt war, wurde durch die schamlosen Freisprüche bewiesen, mit denen Gegner der Republik für unflätige Angriffe auf den Staat, seine Repräsentanten und seine Symbole belohnt wurden.

Demgegenüber mutet es als eine Verhöhnung aller Opfer der reaktionären und später nazistischen Politik an, wenn dieser Tage ein heute antiegender Justizminister die Presse warnend belehrte, daß die Presse-Kritiken gegen die Justiz das Hitler-Regime heraufbeschworen hätten. Wenn die Presse in diesem Zusammenhang eine Schuld hat, dann höchstens die, daß sie nicht mit aller Eindeutigkeit die Tatsache feststellte: es gibt für die Demokratie keine Gerechtigkeit mehr. Vielleicht hätten die überzeugten Demokraten dann rechtzeitig gewisse Konsequenzen denjenigen gegenüber gezogen, die ihre Urteilsprüche zwar im Namen des Volkes verkündeten, sie aber im Geiste ihrer feudalen studentischen Verbindungen verfaßten.

Schon die Tatsache, daß es den Nazis niemals an Staatsanwälten gefehlt hat, daß sie immer genug Richter hatten, um ihre Mordjustiz pausenlos funktionieren zu lassen, zeigt, wie gut die Justiz auf die Hitlersche Rechtsauffassung vorbereitet war. Bei der großen Rolle, die die Justiz

im Leben eines Volkes spielt, ist es nicht verwunderlich, wenn nach den Erfahrungen vor 1933 und während der Nazi-Diktatur die ehrlichen Demokraten die gegenwärtige Entwicklung mit aller Aufmerksamkeit und - einiger Sorge verfolgen. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Leider wird jeder Versuch, diese Dinge kritisch zu behandeln, auch heute gerade von den Stellen abgewehrt, die in erster Linie für das gute Funktionieren der Justiz verantwortlich sind.

Der Richter darf aber nun einmal seine Autorität nicht nur auf ein bestandenes Examen und das Wohlwollen seiner Vorgesetzten stützen, sondern muß vom Vertrauen aller anständigen Menschen im Staate getragen werden. Um festzustellen, wie weit für die Demokraten ein solches Vertrauen möglich ist, wurde von sozialdemokratischer Seite in der letzten Sitzung des Zonenbeirates beantragt, eine Aufstellung darüber anzufertigen, wie viele Richter und Staatsanwälte in den Jahren 1933/45 wegen anti-nationalsozialistischer Tätigkeit bestraft worden sind. Zugleich soll mitgeteilt werden, wie viele Richter und Staatsanwälte, die in der Nazijustiz tätig waren, sich auch jetzt noch im Dienst der Rechtspflege befinden.

Die erste Zahl wird etwas über die tatsächliche Einstellung dieser Kreise zur Demokratie aussagen, die zweite soll die Demokraten - unter ihnen besonders die Opfer der Nazi-Justiz - darüber aufklären, wieviel mehr Vertrauen sie zu den jetzt amtierenden Richtern und Staatsanwälten haben können als zu denen, die 1933 - trotz ihres Eides auf die Verfassung - so gut im Sinne von Himmler und Freisler zu funktionieren imstande waren - offenbar doch ohne dadurch in Gewissenskonflikte zu kommen.

Internationale Brigade für Griechenland?

An auffälliger Stelle veröffentlicht "New York Herald Tribune" eine Meldung ihres Wiener Korrespondenten Seymour Freidin, wonach österreichische Kriegsgefangene in Jugoslawien aufgefordert wurden, Trainingszentren zu besuchen, in denen die Organisation internationaler Einheiten für einen evtl. Einsatz in Griechenland erfolgt. Auch in Norditalien und überall in Mittel- und Südosteuropa werden kleine Gruppen für eine sogenannte internationale Brigade angeworben. Bei den Rekrutierungsversuchen unter den Österreichern wurde diesen die Freiheit angeboten, wenn sie sich einer im Laibacher Gebiet aufgestellten Einheit anschließen würden. Das Angebot erhielt durch die Warnung besonderen Nachdruck, daß eine Weigerung die Eingliederung in ein Gefangenens-Arbeitsbat allein nach sich ziehen könnte.

(m/B55/199/1/hs)

Italien in der Krise

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In Italien hat man in diesen Wochen das Gefühl, die kritischste Zeit seit dem Ende des Krieges zu durchleben. Angesichts des eben eingetretenen formellen Friedens ist das auf dem ersten Blick vielleicht etwas paradox. Aber jene in Paris ausgetauschten Ratifikationsurkunden wiegen gegen die Nöte der Gegenwart und die Sorge um die Zukunft leicht.

In einem Augenblick, in dem das Außenministerium in Washington nachdrücklichst darauf hingewiesen hatte, daß die von Italien gewünschte Hilfe nur bei einer Zusammenfassung aller italienischen Kräfte Erfolg haben könne, geht eine Streikwelle riesigen Ausmaßes durch das Land. Seit etwa zwei Wochen haben annähernd eine Million Landerbeiter der Po-Ebene, also der für die Ernährung wichtigsten italienischen Landschaft, die Arbeit niedergelegt und ungefähr ebensoviel Industriearbeiter sind in einen Sympathiestreik getreten, von dem man nicht weiß, wie lange er dauern wird. Bestimmte Kategorien von Beamten und Angestellten drohen, sich anzuschließen. Lohn und Arbeitszeit sind die Streik- bzw. Streik-Objekte, wenigstens nach außen hin.

Im Grunde ist sich aber niemand im Lande über den politischen Charakter dieser Streikbewegung im unklaren, d.h. darüber, daß die starke und wohl disziplinierte kommunistische Partei hier ihre vielleicht letzte große Chance sieht, zu einem durchschlagenden Erfolg zu kommen. Eine Verhetzung ohnegleichen tobt sich aus. Die Härte dieses Meinungskampfes steht in direktem Zusammenhang mit der Erkenntnis, daß Europa an einem Punkt endgültiger Entscheidung angekommen ist und daß wiederum Italien, ähnlich wie Griechenland, einen Brennpunkt dieser Entscheidung darstellt. Unmittelbar nachdem der Frieden mit Italien perfekt geworden war, wurde, sehr bezeichnenderweise, die Nachricht von bevorstehenden amerikanisch-italienischen Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages verbreitet, tauchte die Frage der Aufnahme Italiens in die Organisation der Vereinten Nationen auf, wurde zwischen Italien und Frankreich ein Abkommen zum gemeinsamen Studium der Möglichkeit einer französisch-italienischen Zollunion unterzeichnet. Die Bemühungen westlicher Politiker um die Festlegung der großen Mittelmeerhalbinsel auf den eigenen Kurs sind unverkennbar und es ist nun die Frage, wie sich Moskau dazu verhalten wird.

Das innerpolitische Leben Italiens ist wie in allen Ländern, die der Krieg abhängig machte, ein ziemlich getreues Spiegelbild dieser außenpolitischen Erscheinungen. Togliatti, der Kommunistenführer, fühlt sich auf Vorposten, gleich seinem französischen Gesinnungsfreund Thorez. Er ist eifrig bemüht, die Stellung der Regierung mit allen Mitteln, die ihm gerade in der Opposition zu bedenkenlosem Gebrauch zur Verfügung stehen, zu unterminieren. Ohne Zweifel hat es eine verhängnisvolle Rolle gespielt, daß Nenni sich in weitgehende Abhängigkeit von den Kommunisten begab, während ein anderer Teil der italienischen Sozialisten sich von diesem Kurs der Selbstaufgabe distanzierte. Neuaufbau sind gewisse Bestrebungen im Gange, die Geschlossenheit der Sozialistischen Partei wieder herzustellen, evtl. unter Aufgabe einiger unentwegter Kommunistenfreunde. Was aber aus diesem Plan der sogenannten Erneuerungsaktion werden wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Neben den Kommunisten sieht zur Zeit noch eine politische Rich-

tung in Italien im Trüben: Der Neofaschismus, der sich überall regt und wieder eine Gefahr erster Ordnung geworden ist. Besonders auffällig wird diese Erscheinung durch die Entwicklung in der Presse, wo, teilweise unter den aus der Faschistenzeit altbekannten Namen, Zeitungen wieder auftauchen, die sich, zunächst von einem einwandfreien Redaktionsstab geleitet, nun schon wieder in den Händen von Verlegern und Journalisten politisch höchst fragwürdiger Herkunft eben im Sinne des angeblich überwundenen Faschismus befinden. Und so ist es in den meisten Berufsgruppen, die für die politische Entwicklung besonders wichtig sind.

Am 23. September wird sich die verfassungsgebende Versammlung zu einem Mißtrauensantrag zu äußern haben, den Nenni als Vornann der Kommunisten eingebracht hat. Die Stellungnahme des Parlamentes wird ein wichtiger Hinweis für die Weiterentwicklung in Italien sein, die freilich auch, auf der Ebene der Wirtschaft, weitestgehend vom Ausland abhängt. Darin ähnelt sich im Grunde die Situation aller europäischen Staaten, ob sie nun diesseits oder jenseits der großen Grenze liegen oder von ihr durchschnitten werden.

George F. Kennan

Auffallend plötzlich ist ein Mann Anfang der Vierziger in die erste Reihe der USA-Politiker getreten, von dem es in unterrichteten Kreisen allgemein heißt, er besitze maßgeblichen Einfluß auf die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik, ein Mann, dessen Name bislang außerhalb der Grenzen der USA kaum bekannt war: George F. Kennan.

Er gehört einer Gruppe von jüngeren Politikern an, die sich dem besonderen Studium Osteuropas, in erster Linie der Sowjetunion, gewidmet haben, ein Gremium vergleichbar etwa dem seinerzeit sehr bekanntgewordenen Gehirntrust um Benjamin Cohen, einen besonderen Freund und Vertrauten des verstorbenen Präsidenten Roosevelt, der seit langem ständiges Mitglied fast aller amerikanischen Delegationen auf internationalen Konferenzen ist, ohne daß sein Name besonders in Erscheinung tritt. Auch der Kreis um Kennan stammt noch aus der Zeit Roosevelts. Kennan war eine ganze Reihe von Jahren an der amerikanischen Botschaft in Moskau tätig, unter anderem zur Zeit Bullits und nicht zuletzt aus der Zusammenarbeit mit diesem und aufgrund genauer eigener Erfahrungen hat sich bei ihm eine äußerste Reserviertheit, um nicht zu sagen Abneigung gegen die Prinzipien der sowjetischen Staatsführung herausgebildet.

Diese seine Einstellung kommt vor allem in einem Buch "Die Hintergründe der sowjetischen Haltung" zum Ausdruck, das in den USA anonym erschien, von dem aber jedermann unwidersprochen sagt, es habe George Kennan zum Verfasser. Die englische Zeitung "People" äußerte kürzlich so weitgehende Vermutungen im Hinblick auf Kennans Einfluß auf die antilige USA-Politik gegenüber der Sowjetunion und auf seine Ansichten über die angeblich zweckmäßigste Art dieser Politik, daß sie hier mit Bedacht nicht im einzelnen zitiert werden sollen. Aber das scheint sicher, daß Kennan heute in der Umgebung Trumans und Marshall's eine der einflußreichsten Persönlichkeiten ist, die mit Nachdruck für eine feste Politik gegenüber Moskau eintritt und die bereit ist, in dieser Haltung bis zum äußersten konsequent zu bleiben.

(m/1/199/1/hs)

Jugend an verantwortlicher Stelle

Die seit geraumer Zeit von der englischen Labour-Regierung verfolgte Politik, wichtige Posten mit jungen Kräften zu besetzen, wir erinnern an den 37jährigen Staatsminister Hector Mc Neil, Bevins rechte Hand, hat jetzt zur Besetzung eines der schwierigsten und verantwortungsvollsten Postens mit James Harold Wilson geführt, den man in England scherzhaft das "Baby" des Kabinetts Attlee getauft hat. Der erst 31jährige bisherige Staatssekretär für den Überseehandel wurde mit der Leitung des Lenkungs-Komitees für die Exportförderung betraut und damit vor eine Aufgabe gestellt, deren Lösung lebenswichtig für die Zukunft Englands ist. Gelingt es ihm nicht, den von Sir Stafford Cripps vor wenigen Tagen verkündeten Exportplan erfolgreich durchzuführen, so ist die Differenz zwischen Export und Import nicht mehr auszubalancieren und der Staatsbankrott unaufhaltsam. Daß die Wahl gerade auf J.H. Wilson fiel, kommt allerdings nicht von ungefähr. Er hat trotz seiner großen Jugend bereits reiche Erfahrungen gesammelt, und eine Reihe schwierigster Missionen mit großem Geschick zu einem guten Ende gebracht. Wie sein Vater, der vierstellige Zahlen im Kopf multiplizieren kann, ist auch J.H. Wilson (der sich eigens einen Schnurrbart wachsen ließ, um älter auszusehen) ein ausgesprochenes Zahlengenie und ein gewiegter Verhandlungstaktiker. Während des Krieges Direktor für Wirtschaft und Statistik im Ministerium für Brennstoff, lenkte J.H. Wilson durch die Veröffentlichung eines Buches "New Deal for Coal" erneut die Aufmerksamkeit auf sich. In ihm befaßte er sich mit der Nationalisierung der Kohlengruben, die die Regierung Attlee nach seinen Vorschlägen vollzog. In den beiden letzten Jahren nahm er an bedeutenden internationalen Verhandlungen teil. Zuletzt leitete er die englische Delegation bei den Handelsverhandlungen mit Rußland in Moskau. Zum besseren Verständnis der russischen Argumente lernte J.H. Wilson eigens die russische Sprache. Als er bei einem Bankett in Moskau auf russisch antwortete, löste diese Rede Staunen und Bewunderung aus.

(b/B65/199/1/hs)

SPD und Währungsreform

H. Frankfurt/Main

In Frankfurt am Main tagten am Mittwoch, 17. September, die sozialdemokratischen Finanzsachverständigen. Sie berieten im einzelnen Fragen der Geldreform. Dabei kamen insbesondere die sich bei einer Sanierung ergebenden Sozialprobleme zur Sprache. Die Sachverständigen stehen auf dem Standpunkt, daß mit dem Tage der Geldreform zugleich die Bestimmungen über den Lastenausgleich in den Grundsätzen verkündet und in den Grundzügen durchgeführt werden müssen.

Bei einer Regelung der Verpflichtungen des Reiches sind nach Auffassung der sozialdemokratischen Experten nicht nur die Gläubiger der finanziellen Reichsschuld zu berücksichtigen, sondern alle durch den Krieg irgendwie Geschädigten einschließlich der Vertriebenen. Die Vermögensabgabe muß progressiv erfolgen, das heißt, die erhaltenen Vermögen sind zum Ausgleich fortschreitend je nach Höhe heranzuziehen. Für Vermögenszuwachs, in Sonderheit die Kriegsgewinne, hat der Grundsatz der Wegsteuerung zu gelten.

Bei der Reform ist die Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte unerläßlich. Dines Schutzes bedürfen der kleine Mann, der Kleinstreparierer und der Bezieher einer Rente aus der Sozialversicherung, wie dann auch die sozialen Einrichtungen zu schützen sind. Diesmal darf nicht wie 1923 der Sachwert unangetastet aus der Reform hervorgehen, vielmehr müssen die Lasten des Krieges vorab den breiten Schultern aufgebürdet werden.

Eine Begünstigung der privaten Schuldner ist zu vermeiden. Die sozialdemokratischen Sachverständigen sind sich der Schwere der zu treffenden Maßnahmen bewußt, gleichwohl setzen sie sich für eine baldige Geldreform ein, damit die Wirtschaft wieder in Ordnung kommt, die monetären Produktionshemmnisse beseitigt werden und das Arbeiten wieder einen Sinn erhält.

SPD und politische Flüchtlinge aus der Ostzone

Zur Frage der politischen Flüchtlinge aus der Ostzone nahm der Vorstand der SPD - Karlsruhe in folgender Entschließung Stellung!

"Täglich versuchen Männer aus der Ostzone illegal die Grenzen nach den Westzonen zu überschreiten, um sich der Registrierung oder der Verschickung an unbekannte Arbeitsplätze zu entziehen. Es sind dies zum überwiegenden Teil Menschen, die mit den in der Ostzone gehandhabten Methoden nicht einverstanden sind und beim geringsten Widerstand schwere Strafen auf sich nehmen müssen. Wenn sie durch die Flucht sich diesen drohenden Gefahren entziehen, so sind sie politischen Flüchtlingen gleichzuachten. Alle wahrhaft demokratischen Länder gewährten bisher politischen Flüchtlingen Asylrecht und Schutz. Die in die anglo-amerikanische Zone geflüchteten Männer der Ostzone irren ohne gültigen Ausweis und ohne Lebensmittelkarten von Behörde zu Behörde, ohne Verständnis für ihre Lage zu finden. Eine Rückkehr in die Ostzone aber bedeutet Untergang.

Der Vorstand der SPD - Karlsruhe richtet daher an alle deutschen Behörden die Bitte, sich im Namen der Menschlichkeit und der politischen Ehre für diese Flüchtlinge einzusetzen. Es sind meist tüchtige Facharbeiter oder jugendliche Menschen, die in der Bizonen nichts anderes wollen, als frei von Furcht ihrer gelernten Arbeit nachzugehen. Wie könnte man diese Menschen in eine dunkle Zukunft stoßen, wo doch jede schaffende Hand so dringend benötigt wird? Die politischen Flüchtlinge aus der Ostzone sind unsere Arbeitsgenossen! Sie müssen wissen, daß wir ihre unglückliche Lage verstehen, und daß die Behörden ihnen zu helfen bereit sind".

h.w.

Verantwortlich: Peter Raunau